

ARBEITERMACHT

Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

Juli 1936

15 Groschen

Das wahre Gesicht der "Volks"frontmacher.

Der zweite Teil des stalinischen "Lehrbriefes" setzt die Kampagne gegen die proletarischen Revolutionäre fort. Da wird gelogen, verdreht, entstellt, dass sich die Balken biegen. Zum Beispiel wird gelogen, wir hätten uns "noch im Jänner 1936 zum Verteidiger des Ueberläufer Dorriot aufgeworfen". Da werden auf langen Seiten Krokodilstränen vergossen, die Stalinbürokratie habe die proletarischen Revolutionäre aus den "Kommunistischen" Parteien entfernen müssen, und wie "ehrlich" sie es dabei mit der Parteidiskussion, mit dem inneren Parteiregime, kurz mit der Parteidemokratie gehalten habe. Die stalinischen Arbeiter müssen überall nur das Gegenteil von dem einsetzen, was da die Stalinbürokratie lügenerisch behauptet, und sie wissen die Wahrheit. Die Wahrheit, dass Stalin und seine bürokratische Sippschaft, um die Hände für ihre verräterische, parasitische Politik freizubekommen, sich gegen die proletarischen Revolutionäre aller Mittel bediente und noch immer bedient, von der Lüge bis zum gemeinen Mord.

Die Stalinarbeiter davon abzulenken, was die Stalinparteien heute tun und nicht tun, abzulenken vom heutigen tatsächlichen politischen Verhalten der Stalinparteien, das ist der Zweck dieser breit angelegten stalinischen Lügenkampagne. Darum müssen wir die Aufmerksamkeit der Arbeiter gerade auf das lenken, wovon die Stalinbürokratie sie ablenken, wofür sie ihnen den Blick vernebeln will.

I. Stalins "Revolution in einem Lande".

Selbstverständlich ist das Vorbereiten, Organisieren, Durchführen der Revolution in erster Linie die Aufgabe der Arbeiterpartei, der Arbeiter des bezüglichen Landes. Doch ebenso selbstverständlich ist, dass die Arbeiter aller Länder, dass die Arbeiterparteien aller Länder, dass insbesondere die Arbeiterpartei im proletarischen Staat das Proletariat jeden anderen Landes im Vorbereiten, Organisieren, Durchführen der proletarischen Revolution politisch unterstützen müssen durch eine solche Politik, durch eine solche Innen- und Aussenpolitik, die das Vorbereiten, Organisieren, Durchführen der proletarischen Revolution in jedem anderen Land nicht erschwert, sondern erleichtert.

Diese selbstverständliche revolutionäre Verpflichtung leugnet die Stalinbürokratie mit den Worten: "Die Revolution in jedem Land kann nur (!!!) das Werk des Proletariats des betreffenden Landes sein. (Lehrbrief 2. Teil Seite 9.) Das bedeutet: macht euch euren Dreck alleine, die Stalinpartei, insbesondere die russische, lehnt jede Verpflichtung ab, euch beim Vorbereiten, Organisieren, Durchführen der proletarischen Revolution politisch zu unterstützen.

Dennoch sei Stalin "für die Weltrevolution". Beweis: ein Zitat aus einer Broschüre, die Stalin vor seiner Wendung zum russischen Nationalkommunismus geschrieben hat.

Wichtiger als solche Zitate - auf den Papier machen die Stalin Schrindler auch heute noch zum Täuschen der Arbeiter heuchlerische Komplimente vor der proletarischen, vor der Weltrevolution - ist die tatsächliche Stalinpolitik. Wo in aller Welt wir schauen, überall, in allen Ländern sogar in faschistischen Deutschland, betreibt die Stalinbürokratie, die Stalinpartei nicht eine Politik der proletarischen Revolution, sondern eine das Entfallen der Arbeiterrevolution hemmende, schädigende, also vom proletarischen Klassenstandpunkt gegenrevoluti-

öndre Politik (auch im faschistischen Deutschland betreibt die Stalinpartei die, die Arbeiter verraten e "Volks"frontpolitik).

II. Stalins Schuld an der deutschen Katastrophe.

Dieser Schuld sucht sich die Stalinklique zu entledigen mit den Worten: "Die KPD hat sich zu schwach erwiesen, weil es ihr bis um Hitlerunsturz noch nicht gelungen war, die Mehrheit der entscheidenden Schichten der arbeitenden Bevölkerung zur Verteidigung gegen den Faschismus aufzurufen". (Seite 9.)

Warum ist ihr das nicht gelungen? Welche P o l i t i k hat sie getrieben, dass sie von 1918 bis 1933, also binnen 15 Jahren, trotz ihrer riesigen Hilfsmittel, trotz der täglichen Verrätereien der SPD, die grosse Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie nicht zu lösen vermochte, sondern im Gegenteil die Arbeiter immer wieder in die Arme der sozialdemokratischen Verratspartei zurückstieß?

"Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind, nicht der Faschismus!" - "Sozialfaschismus!" - "Mit Sozialfaschisten gibt es keine Einheitsfront!" - "Rote Gewerkschaften!" - "Rote Tage!" - "Rote" Einheitsfront!, - in Deutschland, in allen Ländern war das die "Generallinie" der stalinischen Politik: Die stalinische Generallinie führte zur deutschen Katastrophe!

Die Stalinschwindler suchen das zu vernebeln, indem sie an ihre seinerzeitigen "Angebote" erinnern. V o r der Katastrophe richtete die Stalinpartei ihre "Angebote zur Einheitsfront" nur an die Mitglieder, später auch an die unteren und mittleren Organisationen der SPD., nie mal s aber an die S p i t z e der SPD; diese "Angebote" waren schwerliche Manöver, die es der verräterischen SPD. sehr zu Wunsch ermutigten, sich von der proletarischen Einheitsfront zu drücken, ohne die Gefolgschaft der von ihr betrogenen Arbeiter nach links zu verlieren. Erst n a c h der Katastrophe - als es zu spät war - kam die Stalinpartei mit dem Spitzenangebot.

Die Stalinburokratie sucht die Schuld auf die SP. abzuwälzen. Aber SP./SI. betreiben den Arbeiterverrat schon seit 1914, eben deshalb wurden KP./KI. gegründet, um die verratenen Arbeiter von jenen zu lösen und zu diesen überzuleiten. Das ist der KP. nicht gelungen durch die Schuld der stalinischen Bankerottpolitik. In diesen Zusammenhang erinnert der "Lehrbrief" daran, dass die SP. Hindenburg zum Präsidenten gemacht, dass sie an die Loyalität des "senilen Trottel" mit kindlichen Vertrauen geglaubt hat. Nun in Spanien hat die Stalinpartei mitgestimmt für die Wahl des K a p i t a l i s t e n Azana. Heuchlerisch kritisiert sie die Hindenburgwahl und macht in Spanien dasselbe, macht sozialdemokratische, das ist die proletarische Revolution verratende Politik.

Haben die Stalin & Co. diese ihre Politik in Deutschland aus Dummheit oder dergleichen betrieben? Keineswegs! Es war eine bewusste, wohlüberlegte Politik. Das Höchste war und ist diesen russischen Nationalisten auch heute noch nicht die proletarische Revolution, nicht die Weltrevolution, sondern der nationale Wirtschaftsaufbau Russlands. Gerade 1928-1933 wurde der russische Aufbau insbesondere auf Lieferungen aus Deutschland gestützt. Revolutionäre Politik in Deutschland - proletarische Einheitsfront hätte in Deutschland zur proletarischen Revolution geführt - hätte die Gefahr mit sich gebracht, dass die deutschen Kapitalisten die Lieferung deutscher Maschinen gestoppt hätten - Revolution in Deutschland hätte den russischen Aufbau etwas gehemmt. Aufbau Russlands über Alles! - darum hat die betrügerisch unter kommunistischer Maske segelnde, rein russischnational orientierte Stalinburokratie in Deutschland vollkommen bewusst eine g e g e n die Entfaltung der proletarischen Revolution ausgerichtete Politik betrieben. Gerade dadurch hat sie das entfalten derjenigen Kraft verhindert, die allein hätte den faschistischen Sieg verhindern können, das Entfalten

3.
der Kampfkraft, der zu einer Aktionseinheit zusammengeschlossenen vier-
zehn Millionen deutscher Arbeiter. Stalins Aufbau des "Sozialismus" in
einem Land ebnete der deutschen Monopolbourgeoisie das Terrain zu ihrem
faschistischen Sieg.

III. Die stalinische "Wendung" in Frankreich.

Niemals sind die Kommunisten in Frankreich gegen die Ein-
heitsfront gewesen, schlagen sich die Stalinschwindler auf die Brust.
Einfreilich, die Kommunisten waren nicht dagegen, sondern dafür, aber
die Stalinbürokratie, die Stalinpartei, die Stalininternationale waren
dagegen! So wie in Deutschland, hat die Stalinbürokratie auch in Frank-
reich getrommelt: "Sozialfaschismus!" - "Die Sozialdemokratie ist der
Hauptfeind, nicht der Faschismus!" - "Mit den Sozialfaschisten gibt es
keine Einheitsfront!" Das hat die verbrecherische Stalinklique selbst
dann noch fortgesetzt, als die gesteigerte Aktivität der französischen
Faschisten der Arbeiterchaft die Gefahr handgreiflich zeigte.

Nicht Sorge um die Interessen der Arbeiter, nicht die fa-
schistische Gefahr für die französische Arbeiterschaft hat die stalin-
sche "Wendung" in Frankreich herbeigeführt, sondern etwas ganz, ganz
anderes: die Stalinherrschaften begannen für ihre ursopierten Machtpo-
sitionen, ihre parasitischen Pfründen, kurz für ihre eigensüchtigen In-
teressenzu fürchten; im Frühjahr 1934 fing die französische Rechtsbour-
geoisie ernstlich an ihre Aussenpolitik umzustellen, auf ein Bündnis
mit Deutschland gegen Russland. Deshalb "wendete" Stalin im Handumdrehen
um 180 Grad, deshalb schloss er nun plötzlich die Einheitsfront mit den
"Sozialfaschisten" um mit ihnen zusammen das Bündnis mit der französi-
schen Linksbourgeoisie zustandzubringen und dadurch die Schwenkung der
französisch-imperialistischen Aussenpolitik hintanzuhalten.

Es war eine scheinbare Wendung, d.h. es war keine Wendung
im grundsätzlichen Sinn. Denn nicht die proletarische Einheitsfront
schloss die PPF. mit der SPF. nicht die Einheitsfront zum Kampf g e g e n
die Bourgeoisie! Sondern sie schloss die kleinbürgerliche Einheitsfront
zum Kampf um die Bourgeoisie, zum Kampf um die "Volksfront", zum Kampf
um die Koalition (um das Bündnis, um die Einheitsfront) mit der linken
Bourgeoisie.....

IV. Die stalinische Koalitionspolitik.

a) Die "V o l k s" front.

Ja, darf denn die "kommunistische" Partei nicht auch ein-
mal vom Volk reden, entrüsten sich die Stalinschwindler (Seite 10). Oh
ja, nur muss sie den Arbeitern sagen, was sie unter dem "Volk" ver-
steht, von dem sie redet....

Wer ist dieses "Volk", mit dem da die blunische SP. und
die stalinische SP. (die sich schwindlerisch PPF. nennt) die "Volks"-
front geschlossen haben? Nun dieses "Volk" ist - die Radikale Partei
in Frankreich.

Wer ist die Radikale Partei in Frankreich? "Im Wesentli-
chen eine Partei der Bauern und kleinen Angestellten, die man nicht mit
Unrecht mit den Sozialisten - Radikalen Russlands verwechselt, die im
Jahre 1917 an der ersten Sowjetregierung teilnahmen", liegt der Lehrbrief"
(Seite 9). Lenin hatte 1917 die Koalition geschlossen mit der linken Flü-
gel der Sozialrevolutionäre, warum soll da 1936 nicht Stalin eine Koa-
lition schliessen mit der linken B o u r g e o i s i e ?!

Die Sozialrevolutionäre Partei in Russland 1917 war eine
Partei vor allem der kleinbürgerlichen, kleinbürgerlichen Massen, geführt
von kleinbürgerlichen Intellektuellen: sie war eine echte k l e i n -
b ü r g e r l i c h e Partei.

Die Radikale Partei 1936 in Frankreich schleppt grosse
Massen kleinbürgerlicher, kleinbürgerlicher Massen hinter sich, aber der
Kopf dieser Partei, das ist die Schichte der linken Kapitalisten Frank-
reichs: sie ist eine echte k a p i t a l i s t i s c h e Partei.

Das Bündnis mit einer kleinbürgerlichen Partei ist vom

proletarisch-revolutionären Standpunkt grundsätzlich zulässig; dagegen das Bündnis mit einer kapitalistischen Partei (unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen) ist von demselben Standpunkt grundsätzlich unzulässig, ist grundsätzlicher Verrat an den proletarischen Klasseninteressen, auch wenn das Bündnis zur Täuschung der Arbeiterschaft "Volks"front genannt wird.

b) Stalinsches (und sozialdemokratisches) Preisgeben der Arbeiter- und Mittelmassen.

Die Revolution kann in keinem Lande siegen, solange sie sich allein auf die Arbeiterklasse stützt. Sie muss das Vertrauen der Massen gewinnen, auch der kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen. Richtig. Allein, kann die proletarisch-revolutionäre Partei das Vertrauen der Mittelmassen gewinnen durch ein Bündnis mit einer kapitalistischen Partei?!!! Das ist die Frage.

Den Arbeitern und auch den Mittelmassen in Dorf und Stadt ist zu helfen nur auf Kosten der Kapitalistenklasse, nur durch einschneidende wirtschaftliche und politische Massnahmen gegen die Bourgeoisie; nur durch konsequente Politik gegen die Bourgeoisie, nur durch proletarisch-revolutionäre Politik können diese Massnahmen verwirklicht werden, niemals aber durch ein Bündnis mit der Bourgeoisie (durch eine auf ein Bündnis mit der Bourgeoisie ausgerichtete Politik). Da dem so ist, muss die Koalitionspolitik schliesslich zur schweren Enttäuschung der Mittelmassen und auch breiter Arbeitermassen führen, sie also verführbar machen für die faschistische Verführung.

"Es war die politische und ökonomische Zermürbung der Arbeiterschaft, die, die Massenpsychologischen Voraussetzungen eines Generalstreiks (Feber 1934) vernichtet hatte", schreibt in einem Winkel der "Kampf" (Seite 216). Richtig. Allein, wer hat die Arbeiterschaft politisch und ökonomisch zermürt? Nun die Sozialdemokratische Partei durch ihre Koalitionspolitik (wobei ihr die "kommunistische" Partei mit ihrer stalinschen Politik tatsächlich den Rücken deckte).

Doch bei der "Volks"front handelt es sich nicht um ein Bündnis mit der ganzen Bourgeoisie, sondern bloss um ein Bündnis mit dem linken Teil gegen den rechten Teil der Bourgeoisie, gegen die Monopolbourgeoisie. Zwischen Links- und Rechtsbourgeoisie in Frankreich z.B. gibt es ernste Differenzen. Selbstverständlich müssen diese Differenzen in proletarisch-revolutionären Interesse ausgeglichen werden. Aber ist das Bündnis mit der Linksbourgeoisie (die auf ein solches Bündnis ausgehende Politik, die Koalitionspolitik, die "Volks"frontpolitik) dazu überhaupt geeignet?!!! Das ist die Frage.

Die Rechtsbourgeoisie will monopolistisch die kapitalistische Wirtschaft, den kapitalistischen Staat kontrollieren, beherrschen. Die überlegene Konkurrenzkraft der Monopolbourgeoisie drückt die schwächeren kapitalistischen Elemente, die als Linksbourgeoisie ihre Position verteidigend das Bedürfnis haben, möglichst grosse Teile der Mittelmassen und selbst der Arbeitermassen für sich einzuspannen. Dafür nun sind sie bereit Küder zum Einfangen der Massen herzugeben.

In Endergebnis schaut dieses Bündnis so aus:

1. die Massen helfen der linken gegen die rechte Bourgeoisie;
2. sie werden mit Küdern abgespeist, wobei die Grundbedingung des Bündnisses ist, dass die Massen auf alle weitergehenden Forderungen verzichten müssen; diesen "Verzicht" haben die sozialdemokratischen und stalinschen Parteien durch ihre Verratspolitik zu verwirklichen;
3. durch diese sozialdemokratisch - stalinsche "Beruhigungsarbeit" werden die Anstrengungen der Massen durchkreuzt, die Massen ernattet, zermürt, zersetzt;
4. Hand in Hand damit beginnt die Bourgeoisie ihre Küderkonzessionen allmählich zurückzuschrauben mittels Erhöhen der Preise, Steigern der Arbeitsintensität, Rationalisieren u.s.w.
5. schliesslich führt die Enttäuschung der Massen, ihre Ermattung, ihre Verzweiflung zum Ungruppieren in die Indifferenz, ja nach rechts zum Faschismus.....

Zum Verwirklichen ihrer Koalitionspolitik bedient sich die

5.

Linksbourgeoisie der sozialdemokratischen und stalinschen Verratsparteien. Besonders in Zeiten, wo breite Arbeitermassen ernstlich kämpfend auftreten (und ebendadurch starke Anziehung auf breite Mittelmassen ausüben) sind Zeiten der Hochkonjunktur der linksbürgerlichen (sozialdemokratischen, stalinschen) Koalitionspolitik, "Volks"frontpolitik. Von der Massenwelle emporgehoben sehen da die sozialdemokratischen, stalinschen Lakaien im Dienste der Linksbourgeoisie ihre Hauptaufgabe darin, die aufgeregten Massen zu "beruhigen". Die Linksbourgeoisie liefert dazu die Förderkonzessionen (Betriebsrätegesetz und dergleichen 1918/19 in Deutschland und Oesterreich - 40stundenwoche usw. 1936 in Frankreich) - CP./KP. liefern das "Beruhigen" (sabotieren des spontanen Kampfes der Arbeitermassen in Brest - Toulon, sabotieren der gewaltigen Streikwelle im Juni 1936, verhaften der proletarischen Revolutionäre, Belagerungszustand usw.)

Wie also muss die proletarische Partei die Differenzen zwischen Links- und Rechtsbourgeoisie (ebenso die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie um bonapartistischen oder faschistischen Kurs ihrer Politik) im Interesse der Arbeiterklasse ausnützen?

Nun, durch planmässige und konsequent gegen die gesamte Bourgeoisie vorgetriebene Massenoffensive!

Dadurch wird ja die Linksbourgeoisie der Rechtsbourgeoisie in die Arme gedrängt, dadurch wird der bonapartistische Teil der Bourgeoisie der faschistischen Monopolbourgeoisie angetrieben, schreien die SP. und die Stalinpartei.

Das heisst die Klassenbeziehungen kleinbürgerlich-mechanisch betrachten, nicht aber revolutionär-dialektisch. Nicht in seiner Isolation dürfen wir das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Kapitalistenklasse betrachten, sondern im Zusammenhang der Beziehungen aller Klassen! Nicht undialektisch starren auf das isolierte Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie, sondern dialektisch diesen entscheidenden Klassengegensatz ins Auge fassen durch den Brennpunkt des Verhältnisses zu den Massen! Proletarische Klassenpolitik muss stets in erster Linie schauen auf die Massen!

Erstens: Nur in und durch die gegen die gesamte Bourgeoisie vorgetriebene Offensive wird das Sammeln, die Sammlung der Arbeitermassen zur einheitlich geschlossenen Kampffront tatsächlich verwirklicht. Die Offensive der Arbeiter gegen nur einen Teil der Kapitalisten richtet, sich mit den anderen Teil der Kapitalisten (offen oder verkappt) verbünden, das geht nur durch Preisgeben lebenswichtiger proletarischer Interessen, durch Preisgeben der Interessen breiter Teile der Arbeiterschaft, führt zwangsläufig zur Spaltung, Schwächung, Niederlage der Arbeiterschaft.

Zweitens: Den notleidenden Mittelmassen in Dorf und Stadt ist zu helfen nur auf Kosten der Bourgeoisie. Nur durch ihre einheitlich geschlossene Massenaktion gegen die gesamte Bourgeoisie ist das Proletariat instande, den notleidenden kleinbürgerlichen und kleinbürgerlichen Massen wirksam zu helfen und ebendadurch die armen Mittelmassen von der Bourgeoisie weg auf die Seite des Proletariats zu ziehen.

Nicht der Zusammenschluss der Bourgeoisie, sondern dass es ihr gelingt, die verzweifelten Mittelmassen und selbst Teile der verzweifelten Arbeitermassen hinter sich zu ziehen und sie gegen die Arbeiterklasse auszuspielen, schliesslich blutig niederzuschmettern, das ist die Gefahr. Darum gilt es eine Politik zu treiben, die die Arbeiter- und Mittelmassen nicht preisgibt, nicht enttäuscht, nicht in Verzweiflung treibt, sondern ihnen tatsächlich hilft, und sie eben dadurch von der Bourgeoisie auf die Seite der Arbeiterklasse zieht.

Die Differenzen zwischen links- und Rechtsbourgeoisie, zwischen bonapartistischer und faschistischer Bourgeoisie muss die proletarische Partei zu Gunsten der Arbeiterklasse ausnützen. Aber nicht durch ein Bündnis (Tolerieren, Unterstützen, Zusammengehen, Zusammenarbeiten) mit einem Teil der Bourgeoisie, sondern nur durch eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, und dazu tatsächlich instande ist, das Bündnis mit den notleidenden kleinbürgerlichen und kleinbürgerlichen Massen herzustellen, kann das verwirklicht werden. Das Bündnis mit den armen Mit-

6.
telassen in Dorf und Stadt füllt dem Proletariat jedoch nicht vom Himmel, sondern muss e r k ä m p f t werden, und kann, und wird erkämpft nur durch die planmäßig vorgetriebene proletarische Massenaktion gegen die g e s a m t e Bourgeoisie.

c) Stalins verkappte Koalitionspolitik.
Von 1918 - 1920 arbeitete die österreichische SP. mit der Bourgeoisie zusammen offen in der Regierung. Der Verrat, seine Auswirkungen wurden der Arbeiterschaft von Tag zu Tag handgreiflicher, sichtbar. Eine gewaltige Linksoption gegen die Koalition begann sich in der Partei zu erheben. In dieser Lage griff die SP. zu folgenden Betrugsmanöver: den Massen wischte sie die Augen aus damit, dass sie sich "nicht an die Ministersessel klammere", die SP. trete "freiwillig" aus der Regierung; zugleich wurde den Massen betrügerisch gesagt, das bedeute das Aufgeben der Koalitionspolitik überhaupt, die Linksoption in der SP. sei daher überflüssig; die Massen fielen auf den Scheiddel hinein; die SP. benützte dies, um die konsequent, proletarisch-revolutionär eingestellten Linken aus der SP. zu verdrängen und sich so erst den Rücken frei zu machen, - für das Fortsetzen der Koalitionspolitik. An die Stelle der offenen trat die v e r k a p p t e Koalitionspolitik, das Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie aus der "Opposition" heraus.

Ein ähnliches Betrugsmanöver führt heute in Frankreich (Spanien, Belgien) die Stalinpartei auf. Sie nimmt nicht an der Regierung teil, "sie verzichtet auf Ministersessel" - um die Arbeitermassen desto besser zu täuschen, dass sie von aussen her, aus der "Opposition" heraus tatsächlich Teilhaber ist am (kapitalistischen) Regierungssystem und dessen wirkliche "linke" Flankendeckung g e g e n die Massen.

"Die französischen" Kommunisten (Stalinpartei) haben das Programm der "Volksfront" aufgestellt, sie werden es durch ausserparlamentarische Sammlung der antifaschistischen Kräfte der Regierung aufzuzwingen versuchen, prahlt heuchlerisch der "Lehrbrief" (Seite 10). Nun das Programm der "Volks"front enthält nur solche Forderungen, denen die linkskapitalistische Radikale Partei ihre Zustimmung gegeben hat. Auf alle proletarischen Klassenforderungen ist darin von vorneherein verzichtet, nur unter dieser Bedingung hat die linke Bourgeoisie die "Volks"front geschlossen. Das "Volks"frontprogramm braucht also der Linksbourgeoisie wahrhaftig nicht aufgezungen zu werden. Aber es soll der Rechtsbourgeoisie aufgezungen werden; das ist der Sinn des Bündnisses. Schön, Die kapitalistische Landesverteidigung, die Modernisierung der französischen Armee, zu der sich SP./FP. bekannt haben, braucht der Rechtsbourgeoisie wahrhaftig nicht aufgezungen zu werden....

Wenn aber die Massen spontan handelnd in Kampf treten, weil sie sich mit den linksbürgerlichen Vöderkongressionen nicht abspeisen lassen wollen - was tut da die "kommunistische" Partei Frankreichs? Nun sie tut dasselbe, was die österreichische SP. gegen alle spontanen Anstrengungen der Massen von 1918 - 1954, insbesondere gegen allen Streik getan hat, und was auch heute die SP. in Frankreich, Spanien und Belgien tut (mit tatsächlicher Unterstützung der dortigen Stalinparteien): statt die spontanen Anstrengungen der Massen zusammenzufassen, planmäßig zu steigern, vorwärts zu führen - stellt sie sich ihnen entgegen, hemmt, sabotiert, verwirrt sie die kämpfenden Arbeiter, nötigenfalls stellt sie sich "an die Spitze", um die spontane Massenbewegung bewusst abzuwürgen. Genau das, was die österreichische SP. die ganzen Jahre getan hat, wodurch sie die Kampfkraft der Arbeitermassen zernürrt, gebrochen, wodurch sie die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt hat - die KPOe. hat das mit Recht bei jeden Anlass den Arbeitern immer wieder aufgezeigt - genau dasselbe verräterische Spiel treibt heute die Stalinpartei in Frankreich und nicht nur in Frankreich.

d) Stalins "Übergangslösungen".
"Die "Volks"front ersetzt nicht die Diktatur des Proletariats, sondern ist eine Methode auf dem Wege zur Verwirklichung der Diktatur", behauptet der "Lehrbrief" (Seite 10.). Die Lösungen der "Volks"front, das "Volks"frontprogramm, die "Volks"frontregierung, das "Volks"frontregime geben die Stalinschwinder aus als Übergangslösung - zur

proletarischen Diktatur. Nun Uebergangslösungen sind das, aber im Endeffekt Lösungen zum Uebergang zum F a s c h i s m u s

Die österreichische SP. hat ihre Koalitionspolitik immer vorgeschwindelt als "eine Form des proletarischen Klassenkampfes". Nach gleichen Muster zaubert die Stalinbürokratie ihre "Volks"frontpolitik vor als eine "Methode des Weges zur proletarischen Diktatur".

Die 40stundenwoche (ohne Lohnkürzungen) und ähnliche Punkte des "Volks"frontprogrammes (natürlich nicht die Lösungen der kapitalistischen Landesverteidigung, der Modernisierung des kapitalistischen Heeres) sind zu Uebergangslösungen durchaus geeignet. Geeignet, nichts mehr. Nur dadurch werden diese und andere (geeignete) Lösungen zu Uebergangslösungen in proletarisch-revolutionärer Richtung, wenn die Aktion, wenn die Aktion für diese Lösungen unter allen Umständen beharrlich verknüpft wird mit der Propaganda für die proletarische Diktatur. (Zertrümmerung der kapitalistischen Staatsmaschine, Aufbau der proletarischen Staatsmaschine, entschuldigungslose Enteignung der Grossgrundbesitzer, der Kirche inbegriffen, und der Grossbauern, entschuldigungslose Aufteilung auf die Landarmen in den Dörfern, entschuldigungslose Enteignung aller Banken und Grossbetriebe und deren Verwaltung durch den proletarischen Staat usw.)

Blicken wir nach Oesterreich. Die "Rote Fahne" (Juni) gibt die Lösungen: Zusammenfassen aller Antifaschisten, Republikaner, Friedensfreunde! Demokratisierung Oesterreichs! Von irgendeiner proletarisch-revolutionären Propagandaflosung ist darin überhaupt keine Rede. . . .

Der Kreis II der österreichischen Stalinpartei gibt in einem Flugblatt eröfrend folgende Lösungen: Einreihung Oesterreichs in die grosse Friedensfront (nämlich in die "französisch-imperialistische" Front), um die "wahre Unabhängigkeit Oesterreichs" zu gewährleisten. . . . Obwohl wir "Kommunisten" (lies: Stalinpartei) der Ansicht sind, dass nur durch den Sturz des Kapitalismus (warum nicht der Bourgeoisie? . . .) und die Errichtung der Sowjetmacht dauernder Wohlstand für die werktätigen Massen erreicht werden kann, werden wir "im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus" in gegenwärtigen Zeitpunkt für die Errichtung einer demokratischen (kapitalistischen d. Red.) "Volks"republik kämpfen, schreibt die stalinische Kreisleitung. Hier wird also wenigstens versucht, die "Volks"frontlösung als Uebergangslösung zur proletarischen Diktatur aufzutischen. Allein es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, ein Schwindel, in Munde der Stalinbürokraten ein bewusster Schwindel.

Die demokratisch (kapitalistische) "Volks"republik in Oesterreich errichten, hiesse die Masse zum zweitenmal auf den Leidensweg von 1918 - 1934 führen. Die "Volks"front führt nicht zur Diktatur des Proletariats, sondern genau so wie die sozialdemokratische "Volks"republik von 1918 zur Katastrophe. Es kann nicht anders sein, weil die Beschränkung des Massenkampfes auf eine demokratisch (kapitalistische) Republik notwendigerweise den kapitalistischen Staatsapparat dem Wesen nach unangetastet lässt (siehe in neuester Auflage die spanische demokratische (kapitalistische) "Volks"republik). Nur die Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates (auch des demokratisch-kapitalistischen) und der Aufbau des proletarischen Staatsapparates verwirklichen die proletarische Diktatur. Die Zertrümmerung der kapitalistischen Staatsmaschine ist aber nie und nimmer zu verwirklichen durch ein Bündnis mit linkskapitalistischen Elementen, auch wenn man diese als Kleinbauern und Kleinbürger vorschwindelt, auch wenn man das Bündnis "Volks"front nennt. Alles andere ist Betrug, Schwindel, Gaunerei, Verrat und führt in Endergebnis unvermeidlich zur Katastrophe. Nicht den Massen nützt die "Volks"front, sondern der Bourgeoisie und auch den sozialdemokratisch-stalinschen Lakaien, die für ihren Verrat hübsche Trinkgelder bekommen, all dies auf Kosten der Massen.

Die proletarischen Revolutionäre unterstützen den Kampf für die sozialdemokratisch-stalinschen Tageslösungen, "Volks"frontlösungen (selbstverständlich nicht deren Eintreten für die Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes, für die Modernisierung des kapitalistischen Heeres, für die Einreihung Oesterreichs in irgendeine imperialistische Front), wohl aber auch deren Kampf für die demokratisch-kapita-

Itatische Republik. Wir tun das, um in und durch diesen Kampf die Massen für die proletarisch-revolutionären Endlosungen zu gewinnen und eben dadurch den Sturz der kapitalistischen Diktatur (ob sie nun faschistische, bonapartistische oder welche Form immer habe, ob sie auch demokratische Form habe) zu verwirklichen durch die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Nur so ist die Diktatur der Bourgeoisie zu liquidieren. An Stelle der offenen kapitalistischen Diktatur lediglich die demokratisch verbrünte kapitalistische Diktatur zu setzen, hiesse die kapitalistische Staatsmaschine dem Wesen nach belassen, hiesse neuerlich den Boden vorbereiten, für einen Faschismus zweiter Auflage.

Sozialdemokratische und stalinische Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie wollen sich vor den Massen mittels einer "demokratischen" Revolution so wie 1918 die Vastanen aus dem Feuer holen lassen, wollen sich "restaurieren", wobei die Masse die Zeche zahlt und schliesslich zum zweiten Mal, neuerlich unter die Räder kommen würde. Das ist der wahre politische Sinn der "demokratischen Volks"republik, der "Volks"-frontrepublik. Die Massen müssen die furchtbaren Erfahrungen seit 1918 überprüfen! Sie dürfen nicht zum zweitenmal auf den kleinen bürgerlich "sozialistischen Schwindel" ("kommunistischen" lies: stalinistischen Schwindel) der SP./KP. hereinfallen, sondern sie müssen zur proletarischen Klassenpolitik übergehen.

e) Das stalinische Verhältnis zum kapitalistischen Heer.

Also verkündet felerlich der "Lehrbrief" (Sattelö.): Die "Kommunisten" (lies Stalinpartei) haben in Programm der "Volks"front auch ein Wehrprogramm, das alte Programm der demokratisierung der Armee, des Hinauswurfes der faschistischen Offiziere, der Beschränkung der Dienstzeit - kurz der Umwandlung des bürgerlichen Heeres in ein Volkshonor. Solange dies nicht geschehen ist - und keine bürgerliche Regierung wird bereit sein, es zu tun -) werden die "Kommunisten" (lies Stalinpartei) keine Kriegskredite bewilligen. Weder vor noch während des Krieges! Die Zukunft wird es zeigen....

Was ist das ein "Volkshonor" Heer? Nach den Stalinwindlern hat es kurze Dienstzeit und ist frei von faschistischen Offizieren. Schön. Aber es bleibt auch dann ein kapitalistisches Heer (mit demokratisch-kapitalistischen Offizieren). Die Stalinwindler erklären sich also bereit, für das Budget eines kapitalistischen Heeres zu stimmen wenn es nur anders frisiert sein würde. Sie erklären keine bürgerliche Regierung werde dazu bereit sein. Das will besagen, das nur eine "Volks"frontregierung das tun würde (oder gar eine sozialdemokratisch - stalinische Arbeiterregierung...), dass sie einer solchen das Kriegsbudget bewilligen würden... Aber eine "Volks"frontregierung ist und bleibt eine kapitalistische Regierung, und auch ihr "Volks"heer ist und bleibt ein kapitalistisches Heer. (Das gleiche gilt von einer sozialdemokratisch - stalinischen Arbeiterregierung"; einer solchen gegenüber würden wir freilich loyale Opposition üben, solange die grosse Mehrheit der Arbeiterklasse ihr Vertrauen schenkt).

Doch bleiben wir bei den heutigen Tatsachen. Ist Frankreich, ist CSR, ein kapitalistischer Staat? Ja! Die Stalinpartei tritt in diesen Staaten für die kapitalistische Landesverteidigung ein. Ist das ein Eintreten für den kapitalistischen Staat, für die kapitalistische Armee, für dieses Hauptinstrument der kapitalistischen Blutsauger gegen die Arbeiterklasse? Ja oder nein? Selbstverständlich ja! Die Stalinpartei tritt in Frankreich in für die "Modernisierung" des (kapitalistischen) Heeres. Ist das ein Eintreten für den kapitalistischen Staat, für die kapitalistische Armee? Selbstverständlich ja!

Mag die Stalinpartei einstreifen noch nicht für das kapitalistische Kriegsbudget stimmen, mag sie diese oder jenes Schwindelnäher aufführen, die heutigen Tatsachen beweisen, dass sie in Frankreich, CSR, usw. für die kapitalistische Armee eintritt, für das entscheidende Machtinstrument der kapitalistischen Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse.

9 V. Stalins "Sozialismus"

Alle ihre Turmereien sucht die Stalinbürokratie zu heiligen durch den Hinweis auf den Aufbau ihres angeblichen Sozialismus in Russland, der sich bei näheren Betrachten als die stalinsche Hauptgaunerei entpuppt.

Trozkys "Bulletin über Sowjetrussland" veröffentlicht in Nr. 2/3, Mai 1936, einen Artikel des Genossen Erich Wollenberg über die Preise oder die Kaufkraft des Rubels. Wir bringen daraus das Kapitel über die Löhne der russischen Arbeiter:

Der durchschnittliche Monatslohn des russischen Arbeiters beträgt heute nach der offiziellen Sowjetstatistik 170 Rubel, was den Geldwert von frz. francs 184.- entspricht. Also sind die Durchschnittslöhne der russischen Arbeiter noch fast 50% unter den Durchschnittslöhne der tschechischen Arbeiter (560.- francs.). Ja, der Monatslohn von 170.- Rubel befindet sich sogar noch 82% unterhalb des Durchschnittslohnes eines Fabrikarbeiters in g a r l i s t i s c h e n R u s s l a n d. (22 Goldrubel, also 266.20 frz. francs im Jahre 1913.)

Gewiss, die russischen Löhne haben sich erhöht in Vergleich zu den Krisenjahren 1932 - 33. Im Jahre 1934 entsprach der Durchschnittslohn (149.- Rubel) der Kaufkraft von 11 Vorkriegsrubel. 1932/33 war der Reallohn der russischen Arbeiter noch tiefer gesunken, unter dem Durchschnittslohn des Hungerjahres 1921, er entsprach nämlich nach der offiziellen Sowjetstatistik der Kaufkraft von 6.95 Vorkriegsrubel, er betrug 31.6% des Vorkriegslohnes.

Wer mechanisch den gegenwärtigen Lebensstandard der russischen Arbeiter mit ihrem Standard von 1921 veraleicht, und daraus auf eine kontinuierliche Erhöhung ihres realen Einkommen schliesse, würde einen grossen Rechenfehler begehen und einen grossen politischen Fehler. Er veräusse, dass zwischen 1921 und 1936 die Epoche der NEP gelegen ist, er veräusse, dass 1921 das Niveau des durchschnittlichen Vorkriegslohnes (22 Goldrubel) erreicht war; er veräusse, dass in den nachfolgenden Jahren das Niveau des Lohnes sich fortgesetzt erhöhte, und dass es schliesslich 1926 mit 75.- Rubel (Nominalwert) das Niveau von 55.- Vorkriegsrubel, also 160% des Durchschnittslohnes von 1913 erreichte.

Um die Bewegung der durchschnittlichen Lohnstufen zu zeigen, geben wir nachfolgend eine statistische Uebersicht:

Jahr:	Durchschnittslöhne in Goldrubel:	in Prozenten :
1913	22.-	100.-
1918	8.99	40.6
1919	8.71	39.6
1920	7.12	32.4
1921	6.95	31.6
1922	8.22	37.4
1924	22.-	100.-
1926/27	35.-	160.-
1932/33	6.50	29.-
1. Jänner 1936	15.-	68.-

Am selben Tag, am 1. Jänner 1936, verdiente ein Stachanowist mit seinen 1500.- bis 2000.- Rubel 136.- bis 182.- Vorkriegsrubel, das sind 560 bis 850% des Durchschnittslohnes eines Fabrikarbeiters von 1913.

Wir fassen kurz zusammen: Der gegenwärtige Durchschnittslohn eines russischen Arbeiters ist 82% unter den Vorkriegslohn eines russischen Fabrikarbeiters; der Durchschnittslohn eines Stachanowisten ist 6 bis 8mal so hoch wie der Durchschnittslohn von 1913 und 6 bis 12mal so hoch wie der heutige Durchschnittslohn der gesamten russischen Arbeiterklasse.

Die Löhne von 170.- Rubel oder weniger betreffen immer - gemäss der offiziellen Sowjetstatistik - 12 Millionen russischer Arbeiter. Doch es gibt niedrigere Löhne, insbesondere der Frauen, sowie unter den nichtqualifizierten Arbeitern von 60.- bis 80.- Rubel. Dazu kommt noch eine halbe Million der Invaliden und der Pensionisten, die gemäss den Veröffentlichungen des Kommissariats der Arbeit weniger als 40.- Rubel beziehen, also weniger als frz. francs 43.20 monatlich.

10.

Am Anfang der Umwälzung der russischen Industrie (der Verwirklichung des "grossen Planes" Stalins) verhielten sich die tiefsten zu den höchsten Löhnen wie 1:10. 1924 z.B. hatte ein Arbeitsloser der Moskauer Region einen monatlichen Bezug von 15.- bis 20.- Rubel, dessen Kaufkraft, verglichen mit den Vorkriegsrubel, ungefähr 10.- bis 15.- Goldrubel entsprach. Der höchste Lohn den damals ein Parteimitglied (ob es nun in Staatsapparat, Industrieapparat, in Partei- oder Gewerkschaftsapparat war) erreichen konnte, betrug 175.-Rubel. Im Jahre 1934 wurde dieser Parteihöchstlohn abgeschafft. Heute verhalten sich die tiefsten zu den höchsten Löhnen innerhalb der Arbeiterklasse wie 1 zu 50 (Tiefstlöhne: 30.-Rubel monatlich, Löhne der Stachanowist: 1500.-Rubel monatlich.); die Löhne der schlechtestbezahlten Arbeiter (60.-Rubel) zu den bestbezahlten Funktionären, Ingenieuren usw. (Monatseinkommen 3000.- bis 20.000.-Rubel) verhalten sich gar wie 1 zu 500 und mehr....

Soweit der Artikel. So also sieht er aus, der stalinische "Sozialismus": die Löhne der Arbeiter ein Drittel unter den aristokratischen Löhnen - dafür das Einkommen der Arbeiteraristokratie (der Stachanowisten) sechs bis zwölfmal so hoch wie das Einkommen der Arbeiter, und das Einkommen der bestbezahlten Funktionäre der Ingenieure usw. dreihundertmal so hoch wie der Lohn des Arbeiters. Mit Hilfe der Arbeiteraristokratie, die sie plannässig züchtet, bedeutet die parasitische Stalindbürokratie die russischen Arbeiter aus, plündert sie bis auf die Knochen aus und nähert sich in ihrem Einkommen immer mehr den kapitalistischen Parasiten; darnach richtet sich auch ihre Lebensführung. Und der sozialdemokratische Lakai der Bourgeoisie klatscht dazu Beifall.

VI. Die Aufgabe der proletarischen Revolutionäre.

Wir unterstützen den sozialdemokratisch-stalinischen Kampf (deren Lattation, deren Aktion) für deren Tageslosungen, für deren demokratisch-kapitalistischen Losungen, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräfte. Allein wir verbinden das mit der beharrlichen Kritik an der von proletarischen Klassenstandpunkt absolut unzulänglichen Politik der RS(SP)/KP. und verknüpfen all dies mit der ausdauernden, geduldigen Propaganda für die proletarisch-revolutionären Losungen, die sich zusammenfassen in der Losung der Diktatur des Proletariats.

Mitten in diesen Kampf beweisen wir den Arbeitern an der Hand ihrer inneren lebendigen Erfahrungen, dass ihnen die Grundvoraussetzung zum Erfolg, zum Sieg überhaupt noch fehlt: die proletarische Klassenpartei; dass die RS(SP), dass die Stalinpartei keine bürokratisch "sozialistische kommunistische" Parteien, dass sie keineswegs Arbeiterparteien sind, sondern Parteien der schmerzhaften verkleinbürgerlichten Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, die auf dem Rücken der Arbeiter neuerlich nochkommen wollen, aber nicht im Traume an das Vorbereiten, Organisieren, Durchführen der proletarischen Revolution denken, wohl aber an das für sie ergiebige Geschäft des Verschacherns, Preisgebens, Verratens der proletarischen Revolution an die Bourgeoisie. Unter grundsätzlicher Ablehnung, Bekämpfung des trotzkystischen Opportunismus in der Frage der Partei muss sie also unsere Propaganda für die proletarisch-revolutionären Losungen praktisch heute zusammenfassen in der Propaganda für die Herausbildung der proletarischen Klassenpartei, der VIERTEN INTERNATIONALE.

S i r c i l l i e r .

Belgien: Der "sozialistische Plan der Arbeit" des Hendrik de man (dh. der belgischen SP.) hat eine begrenzte Inflation durchgeführt. Der Belgakurs wurde um 20% abgewertet. Der "Kampf" (Seite 206) muss nun selber zugeben, dass die Kleinbändler, also die Mittelschichten die leidtragenden sind. In Wirklichkeit haben auch die Arbeiternassen und diese am meisten bei der Geldentwertung dazufuerahlt. Die Bourgeoisie ging

11.

mit den Preisen hinauf, macht mittels Teuerung und Spekulation ein Bombengeschäft. Arbeit und Mittelmassen schelten die Zeche. Die enttäuschten Mittelschichten haben sich, wie überall, den Faschismus zugewendet: Resistenz und Frontisten verdanken ihren gewaltigen Aufschwung der SP., die die Arbeiter- und Mittelmassen preisgibt, wobei ihr die Stalinpartei tatsächlich die Mauer macht. Die belgischen Arbeiter traten in den Streik, um ihre durch die Inflation, Teuerung, Ausbeutung ausserordentlich schlechte Lage zu bessern - die SP. (unter tatsächlicher Beihilfe der Stalinpartei) hilft in der Regierung mit, die streikenden Arbeiter mit Belagerungszustand, Verhaftungen, blauen Bohnen zu "beruhigen", so wie die Seering & Co. Die Wirkung wird dieselbe sein. Der sozialdemokratisch-stalinische "Kampf gegen den Faschismus" ist in Wirklichkeit der beste Förderer des Faschismus, weil ihre Bündnispolitik mit der linken Bourgeoisie ("Volks"frontpolitik) sich zwangsläufig so auswirken muss.

Stalinische Verfassungsreform. Sie ist gegen die russische Arbeiterklasse gerichtet. Tatsächlich waren die russischen Arbeiter durch die Stalinbürokratie schon längst vollkommen entrechtet. Jetzt hat sie der Arbeiterschaft den letzten Schein ihrer Machtstellung genommen. (Seit Jahren waren die Sowjets praktisch ausgeschaltet).

Wodurch unterscheidet sich ein Sowjet (Arbeiterrat) von einem Parlament: dadurch, dass der Sowjet aus den Betrieben heraus gewählt wird, das Parlament aus den Wohnstätten, und dadurch, dass die Ausbeuter vom Sowjet ausgeschlossen sind. Die Wahl aus den Betrieben heraus gibt der für die Produktion entscheidende Klasse, der Arbeiterklasse, von vornherein ein bedeutendes, berechtigtes Schwergewicht im Sowjet. Indem die Stalinbürokratie die Wahl aus den Betrieben heraus beseitigt, beseitigt sie in Wirklichkeit die Sowjets überhaupt. Die neue Verfassung schafft parlamentarische Körperschaften, die sich zur betriebl. Arbeiter weiterhin "Sowjet" nennen, es aber nicht sind. Das ist überhaupt die Methode der Stalin-Schwindler, dass sie die alten revolutionären Bezeichnungen lassen, aber die revolutionären Instrumente zu Instrumenten gegen die proletarische Revolution, gegen die Arbeiterklasse wandeln.

Bisher war das Wahlrecht so geregelt, dass 25.000 Arbeiter einen Delegierten zu wählen hatten. Bei der ungeheueren Zurückgebliebenheit der russischen Bauern wurde das Wahlrecht so geregelt, dass 125.000 Bauern einen Delegierten zu wählen hatten. Diese Zurückgebliebenheit ist noch lange nicht behoben. Die 25 Millionen russischer Arbeiter sind also durch die 120 Millionen zurückgebliebener Bauern von vornherein in die Minderheit gedrückt. Der Stalinismus spielt auch hier die Bauern gegen die Arbeiter aus. (stalinischer Bonapartismus.)

Die Oktoberrevolution hat allen Ausbeutern das Wahlrecht genommen. Allen diesen Elementen gibt die Stalinbürokratie das Wahlrecht wieder. Allerdings droht die kapitalistische Gefahr in Russland nicht so sehr von den alten Ausbeuterelementen, sondern von der getarnt auftretenden neuen russischen Bourgeoisie, deren Hauptteil in der Stalinbürokratie selbst sitzt. Diese Leute haben Monatsgehälter von 15.000.- bis 20.000.- Rubel, daneben alle möglichen Naturalvorteile (abgesehen von den Riesenvorteilen, die sie sich unter der Hand durch Betrug, Untreue, Diebstahl am proletarischen Staat verschaffen); sie haben Einkommen, die hinter den Riesengehältern der kapitalistischen Direktoren nicht zurückbleiben, sie haben schon längst unter allen möglichen Namen grosse Kapitalien in den Banken der kapitalistischen Länder angelegt, die sie fleissig vermehren.

Die Korruption innerhalb der Stalinbürokratie ist so ungeheuerlich, dass sie zu einer immer grösseren Gefahr wird für die gesamte Stalinbürokratie selbst. Darum haben die Stalinpitzen zu dieser Verfassungsreform gegriffen. Sie soll ihnen die Möglichkeit geben, den stalinbürokratischen Apparat "von unten her" zu kontrollieren, selbstverständlich nur im Rahmen, den die Stalinpitzen jeweils selbst zulassen.

Bei dem gegenwärtigen System ist die persönliche Diktatur des Oberparasiten Stalin zu handgreiflich. Er greift daher zu einem ähnlichen Mittel, das der Hochstapler Napoleon III. nach seinem Staatsstreich 1851 angewendet hat. Die persönliche Diktatur des verbrecherischen Usurpator Stalin soll durch das "allgemeine, geheime, gleiche"

Wahlrecht besser verhillt werden (plebiszitäre Diktatur). Das ist der wichtigste Zweck dieser gegen das Proletariat gerichteten Verfassungsreform.

Trotzkystischer Opportunismus. Die trotzkystische Organisation in den Vereinigten Staaten von Amerika, die schon seit laugen Jahren bereits verselbständigt war, ist der amerikanischen SP. beigetreten. Sie hat ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit, ja sogar ihr eigenes Blatt aufgegeben. Wie aller Opportunismus, so wird auch dieser begründet mit der "besseren Fühlungnahme mit den Massen", mit den "leichteren Erobern der Massen". Mit linkssozialdemokratischer Politik kann man leichter in die Breite wachsen, als mit proletarisch-revolutionärer Politik; gewiss, nur darf man solches "Massengewinnen" nicht als Weg zur proletarischen Revolution, zur proletarischen Klassenpartei ausgeben. Ein Drittel der Partei hat diesen Schritt abgelehnt und eine eigene Organisation gegründet, die Revolutionary Workers League. Diese Organisation hat in den wesentlichen Punkten dieselbe Auffassung, wie unsere Organisation.

In Chile ist die trotzkystische Organisation noch einen Schritt weitergegangen. Sie hat sich der dortigen "Volks"front angeschlossen, der auch linkskapitalistische Organisationen angehören... Der Opportunismus in der grundsätzlichen Frage der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der bereits verselbständigten Organisation der proletarischen Revolutionäre führt zu weiteren opportunistischen Abgleiten.

In Belgien, wo die längst verselbständigte trotzkystische Organisation ebenfalls in die SP. eingetreten ist, haben die Trotzkysten bei den Wahlen für die SP. gestimmt. Gerade für uns hat das einen sehr pikanten Beis. Als 1927 die Linksopposition in den Wahlen die Lösung gab für die SP. zu stimmen, (was aus ganz anderen Gründen damals taktisch falsch war: dass die LO. diese Taktik der KP. empfahl, war damals richtig; als diese aber ablehnte, war es falsch, dass die LO. diese Taktik auf sich nahm, denn damals stand sie noch auf dem Boden der Gesundheit der KP.), da machten die Trotzkysten grosses Gesumm: das Vorgehen der österreichischen LO. sei grundsätzlich falsch, für die SP. zu stimmen sei prinzipiell unzulässig, das heisse die Fahnen verwischen usw schrieb damals Trotsky. Und heute stimmen dieselben Trotzkysten, wie wenn nichts geschehen wäre, für die SP. unter Preisgabe sogar ihrer bereits verselbständigten Organisation und Trotsky gibt dazu den Segen. Wo bleiben da die Grundsätze und die Fahne? Sie werden von den Trotzkysten einfach "zwecks Masseneroberung" in Stich gelassen.

Eine neue Stufe hat der Trotzkismus in Frankreich erreicht. Auch dort ist die längst verselbständigt gewesene trotzkystische Organisation in die SP. eingetreten. Die sozialdemokratische Bürokratie war sich klar, dass die Liquidierung der Selbständig- und Unabhängigkeit der bereits verselbständigten Organisation der proletarischen Revolutionäre (der Liga) für die SP. den Nachteil, sich das linkssozialdemokratische Weckern der Trotzkysten innerhalb der SP. anhören zu müssen, bei weitem überwiegt. Sie nahmen sie daher gern auf, mit dem Entschluss, die trotzkystischen Illusionisten und erst recht die trotzkystischen Manövrierer in der der SP. passenden Zeitpunkt wieder hinauszubefördern. Das haben sie vor kurzen vollzogen. Und jetzt - wie wenn gar nichts geschehen wäre - gründen die Hinausbeförderten die "proletarische Klassenpartei Frankreichs".... Das heisst den Kampf um diese wahrhaft k o m p r o m o t i e r e n! Denn der opportunistische Sprung in die SP. wird dabei nicht verurteilt. Es wird darüber hinweggegangen, als ob sich gar nichts ereignet hätte. Wer garantiert unter solchen Umständen, dass nicht die neue trotzkystische Organisation denselben oder einen ähnlichen opportunistischen Sprung - "um die Massen zu gewinnen" - w i e d e r h o l e n wird? (etwa in die Stalinpartei, oder später in die sozialdemokratisch-stalinische Einheitspartei)... Ein paar revolutionär gestimmte SP-Elemente wurden gewonnen, die auch so gewonnen worden wären; doch dies um den Preis der Spaltung der alten Organisation, um den Preis

15.

der Verwirrung der Arbeiterschaft und deren fortgeschrittenen Elementen, um den Preis das der SP. und der Stalinbürokratie in allen Ländern das Betrügen der Arbeiter erleichtert und der Kampf um die proletarische Klassenpartei, um die vierte Internationale erschwert würde. Ungeduld führt zu den Manövern, durch opportunistische Taktik einen Vormarsch zu beschleunigen, der gerade dadurch gehemmt, verlangsamt wird.

Wie jämmerlich steht die SAP. da! Aber die gegen sie so durchschlaue Argumentation Trotzky's wird in ihrer Endwirkung gelähmt, entzweieltbrochen durch den opportunistischen Purzelbaum des Eintritts in die SP., dem Trotzky seinen Segen gibt. Genau so steht es in allen anderen Fragen. Dieser schwere Fehler muss korrigiert werden, o f f e n vor der gesamten Arbeiterschaft, sonst bliebe er als Lähmungsgefahr im Körper.

In einer Reihe von Ländern hoben sich Organisationen proletarischer Revolutionäre gegen die trotzkystische Abirrung erklärt und zwar g r u n d s ä t z l i c h. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass diese Organisationen sich international zusammenschließen, um ihren Kampf um eine von jeglichem Opportunismus freie, gesunde, proletarische Klassenpartei, VIERTE INTERNATIONALE planmäßig geschlossen zu führen.